



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Dr. Andrea Behr, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Carolina Trautner** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 19/7286

Pakt für Kindergesundheit: Kindergesundheit immer mitdenken, Verhältnisprävention stärken, medizinische Versorgung verbessern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den kürzlich geschlossenen Pakt für Kindergesundheit auf Bundesebene im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel auch auf Landesebene mit Leben zu füllen. Ziel muss es sein, die physische und psychische Gesundheit unserer Kinder zu stärken – und sie bei Gesundheitsthemen besser zu beteiligen.

Der Landtag stellt fest, dass die Staatsregierung, aber auch alle beteiligten gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen gefordert sind, die Bedingungen für ein gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen durch politische Richtungsentscheidungen weiter nachhaltig zu verbessern und in ihren vielfältigen Bestrebungen hier nicht nachzulassen.

Die Staatsregierung wird zudem aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel

- Kinder immer mitgedacht und die Gesundheitsbeteiligung und Kompetenz auf allen Ebenen gestärkt werden,
- die Verhältnisprävention auf Landesebene für Kinder und Jugendliche durch mehr Suchtprävention (Drogen, Medien, etc.) weiter vorangebracht wird und im neuen Präventionsplan eine zentrale Rolle spielt,
- die medizinische Versorgung weiter verbessert wird.

Die Staatsregierung wird daher insbesondere aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass

- der Nachwuchs für die Kinder- und Jugendmedizin gesichert wird – auch durch eine bedarfsgerechte Anpassung der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) auf Bundesebene, die kinder- und jugendärztliche Leistungen besser honoriert (siehe auch Drs. 19/ 4247 und 19/5399),
- Kinder- und Jugendärzte Lotsen im Gesundheitssystem werden. Kinder- und Jugendärzte sind die Hausärzte für die Bevölkerungsgruppe bis 18 Jahre und müssen auch so behandelt werden. Dies gilt für die Bedarfsplanung ebenso wie für Weiterbildungsassistenten und die Einbindung in die Landarztquote.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident